

Streit um Zeitumstellung: Kritik an EU-Kommission wird laut

Brüssel, 28.11.2018, 01:00 Uhr

GDN - Nach dem Scheitern der Pläne für ein Ende der Zeitumstellung im kommenden Frühjahr wird im EU-Parlament Kritik an der EU-Kommission laut. Er habe sich selbst gewundert über den Vorschlag der Kommission, die Zeitumstellung schon im Frühjahr 2019 abzuschaffen, sagte der CDU-Europaabgeordnete Peter Liese den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Mittwochsausgaben).

"Ich habe ein gewisses Verständnis, dass die EU-Mitgliedstaaten sagen, die Zeitumstellung soll nicht schon im kommenden Frühjahr enden", erklärte der Gesundheitsexperte und umweltpolitische Sprecher der christdemokratischen EVP-Fraktion, der sich seit langer Zeit für die Abschaffung der halbjährlichen Zeitumstellung einsetzt. Auch im EU-Parlament seien die Beratungen noch nicht abgeschlossen. "Die Kommission hätte wirklich früher handeln können, das Thema beschäftigt uns schon Jahre", sagte Liese. Der CDU-Politiker wies aber die Pläne des EU-Verkehrsministerrats zurück, das Vorhaben bis 2021 zu vertagen. "Der Rat übertreibt jetzt maßlos, wenn er das Ganze auf 2021 verschieben will", so Liese. "Wir sollten eine Entscheidung auf jeden Fall vor den Europawahlen im Mai 2019 treffen. Es wäre denkbar, das Ende der Zeitumstellung dann im Herbst 2019 einzuläuten, mit der letztmaligen Umstellung auf mitteleuropäische Normalzeit (sogenannte Winterzeit)." 2020 könnten die EU-Staaten dann auf die Zeitumstellung im Frühjahr verzichten und die mitteleuropäische Normalzeit dauerhaft beibehalten oder im Oktober die Uhr nicht umstellen, was dauerhafte Sommerzeit bedeuten würde, schlug Liese vor. Zuvor war durch einen Bericht der Funke-Mediengruppe bekannt geworden, dass der Vorstoß der EU-Kommission, das Ende der Zeitumstellung bereits im kommenden Frühjahr einzuläuten, gescheitert ist. Anders als von der Kommission erhofft, würden die zuständigen Verkehrsminister der EU-Staaten bei ihrer Tagung am kommenden Montag in Brüssel kein grünes Licht für das Vorhaben geben. Die Staaten hielten den Zeitplan für zu ehrgeizig und bräuchten mehr Zeit für eine Entscheidung und die Abstimmung untereinander, heißt es in einem internen Zwischenbericht des EU-Rats über die vertraulichen Beratungen, über den die Funke-Zeitungen berichten. Die Verkehrsministerrunde werde deshalb am Montag nur einen vom österreichischen Ratsvorsitz vorgelegten Fortschrittsbericht zur Kenntnis nehmen, in dem die schwierige Debatte nachgezeichnet werde, berichten die Zeitungen. Die Entscheidung aber werde vertagt - mit der Begründung, dass die EU-Staaten zunächst den "Koordinierungsprozess" weiterführen wollten. "Damit ausreichend Zeit für die Durchführung und Auswertung aller erforderlichen Konsultationen bleibt und ein gründlich koordiniertes Vorgehen mit benachbarten Ländern und anderen EU-Mitgliedstaaten möglich ist, fordern die meisten Delegationen, den Zeitrahmen für die Anwendung der Richtlinie zu verlängern, da sie das vorgesehene Datum 1. April 2019 als zu ehrgeizig betrachten", berichten die Zeitungen unter Berufung auf den Zwischenbericht. Den Verkehrsministern liege aber schon ein Alternativplan vor: Auf dem Tisch liege ein Änderungsentwurf, nach dem die EU-Richtlinie zum Ende der Zeitumstellung erst am 1. April 2021 in Kraft treten soll. Damit würden die Uhren am 28. März 2021 letztmalig auf Sommerzeit umgestellt, heißt es in dem Entwurf, über den die Funke-Zeitungen ebenfalls berichten. In EU-Staaten, die dauerhaft bei der Normalzeit bleiben wollten, würde es eine letzte Zeitumstellung am 31. Oktober 2021 geben. Dieser Ansatz sei von den Delegationen der Mitgliedstaaten "allgemein unterstützt" worden, heißt es in dem internen Zwischenbericht, berichten die Zeitungen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-116021/streit-um-zeitumstellung-kritik-an-eu-kommission-wird-laut.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619